

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1008, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Beizelt seid Ihr nichts — Vereintgt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Rehm, Berlin D 27
Rogazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5388), zu richten — Beleg-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnbaltige Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Zur Reichspräsidentenwahl.

Eine weisse „Vorsehung“ bescherte uns im früheren Staat die Staatsmänner und Staatslenker, die eigentümlicherweise der Storch immer in die richtige Wiege legte. Sobald ein zukünftiger Staatsmann geboren war, und noch ehe er seine erste Tat hinterücks in die Windeln vollbracht hatte, lagen schon alle, die mit dem richtigen Untertanenverstand ausgerüstet waren, vor ihm auf dem Bauch. Eine Meute Zeitungsschreiber hatten wieder Stoff, um bis zum Erbrechen die „hohen Fähigkeiten“, die der Neugeborene entwickelte, zu rühmen. Es war doch für diese Art Untertanen zu schön, wenn sie darüber schreiben konnten, wie sich der neugeborene Prinz gegenüber dem Luftschbeutel benahm, und wie er so geschickt gleich das erste Mal mit den Brüsten der Amme umzugehen verstand. Auf diese Weise versuchte man die „steile Höhe“, auf der Fürsten standen, mit einem gewissen Glorienchein zu umgeben. Der letzte Inhaber der Monarchie Deutschlands war nicht wenig stolz auf sein „Gottesgnadentum“. Er betrachtete sich tatsächlich als ein Stück „Vorsehung“. Dieses Gottesgnadentum bekam aber einen bedenklichen Stoß, als Wilhelm der Letzte nach Holland verduftete und Volk und Land in der höchsten Not im Stich ließ. Der „Vorsehung“ war ein ungeheures Versehen passiert, sie war ausgehakt. Das hatte zur Folge, daß die Monarchie zerfiel und an deren Stelle die Republik trat, zum Leidwesen aller jener, die sich in dem einstigen Glanz des Gottesgnadentums sonnten, und aller derjenigen, die ihren Verstand nicht über den Untertanenverstand hinaus entwickeln konnten. Dies waren nicht wenige. Vor allen Dingen sind jene zu nennen, die vor ihrem Namen ein „v.“ schrieben; sie waren ja die ersten Anwärter darauf, aus der Staatskrippe ihr Futter zu beziehen, welches immer so vorzüglich gewesen sein soll. Es kamen noch alle die, die besonders in dem alten Herrschaftsstaate geschätzt und gestützt wurden, die Herren Schlot- und Krautbarone, in Betracht. Dann noch jene Kriecher, bei welchen der Untertanenverstand so stark ausgeprägt war, daß sie keiner anderen Meinung huldigten als der vorgeschriebenen, und bei denen die geistigen Fähigkeiten stark verkümmert, dafür aber der Spürsinn, die Anpassungsfähigkeit an die Meinung, die oben gewünscht wurde, stark entwickelt war. Alle geistig Unfreien und die auf Kosten der breiten Massen zu leben verstanden, waren Stützen des Gottesgnadentums. Mit der Schöpfung der Republik wurde dieses anders. Nicht durch eine „weisse Vorsehung“ wurden die Staatsmänner berufen, sondern sie wurden durch das Volk bestimmt. Dies hatte zur Folge, daß sogar ein Sattlergeselle Reichspräsident wurde. Ein panischer Schrecken erfüllte alle jene, die sich nur als Untertanen fühlten und durchaus eines „Herren“ bedurften. Das war der Umsturz in der schlimmsten Form. Seit jener Zeit pendeln die Monarchisten geistig hilflos in der Geschichte herum. Imal prophezeiten sie, daß ein Sattlergeselle niemals die Fähigkeiten besitzt, die das Oberhaupt eines großen Landes bedürfe. Und was zeigte sich? Der letzte Inhaber der Monarchie hatte Deutschland um alles Ansehen in der Welt gebracht, er hatte Deutschland an den Rand des Ruins gebracht. Der Sattlergeselle Ebert verstand durch seine kluge Tätigkeit als Reichspräsident das Ansehen Deutschlands in der Welt wiederherzustellen und es aus den schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder aufzurichten. Ebert war ein Staatsmann von großem Format.

Die Monarchisten fordern die Wiederaufrichtung der Monarchie, damit sich wieder jene, denen es an Charakter und selbständiger Geistesbildung fehlt, an die Futterkrippe setzen können.

Die Hilflosigkeit jener, die nicht genug die Republik und den früheren Reichspräsidenten Ebert verlästern konnten, zeigte sich bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichspräsidenten. Die, die sich bisher rühmten, schon von Geburt staatsmännische Veranlagung zu besitzen, hatten keinen Mann von dem Ausmaß jenes Formats, das der zukünftige Reichspräsident haben muß. Der Loebell-Ausschuß begnügte sich letzten Endes mit Herrn Jarres. Es ist geradezu ergötzlich, daß die Rechtspresse, die jetzt die Fähigkeiten und die hohen Eigenschaften des Herrn Jarres besonders zu loben versteht, ihn vorher als durchaus ungeeignet als Reichspräsidentenkandidaten bekämpft hat. Es steht noch fest, daß Herr Jarres durchaus ungeeignet ist als Reichspräsident, daß man aber zu ihm greifen mußte, weil man nichts Besseres hatte.

Dieses kennzeichnet so richtig die Situation. Sie zeigt der Arbeiterschaft die Stellung, die sie zur gegenwärtigen Reichspräsidentenwahl zu nehmen hat. Ebert, der Sozialdemokrat, hat sein Amt musterfüllig verwaltet, obwohl er echt proletarischer Herkunft war und keine besonderen Vorstudien auf der Hochschule für sein zukünftiges Präsidentenamt absolvieren konnte. Er brachte den Beweis dafür, daß auch aus der harten Schule des Lebens Männer hervorgehen, die das Zeug zu staatsmännischem Können und Leistungen in sich tragen. Den Reaktionen aller Schattierungen war dies juchend unangenehm. Man hätte den Sattler doch so gern gestürzt und den Nachweis geliefert, daß nur diejenigen, die aus „weisser Vorsehung“ zu diesem hohen Beruf bestimmt sind, in der Lage sind, dieses hohe Amt zu verwalten. Da man ihm nicht auf geradem Wege beikommen konnte, so suchte man dieses durch Verleumdungen zu erreichen. Die Reaktionen aller Richtungen, sowohl die im Lalar als die in der Robe, unterstützten diesen gemeinen Kampf. Jedoch nur mit dem Erfolg, daß dabei eine ganze Reihe reaktionärer Strolche bloßgestellt wurden. Offensichtlich steht jetzt fest, daß Staatsmänner von größerem Ausmaße nur in den republikanischen Parteien zu finden sind. Die Sozialdemokratie vor allem bringt wohl den günstigsten und besten Vorschlag, indem sie Otto Braun zum Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft nominiert hat. Braun hat als preussischer Ministerpräsident außergewöhnliche staatsmännische Fähigkeiten entwickelt, die nicht nur von unserer Partei, sondern auch von den bürgerlichen Parteien anerkannt werden müssen. Vor wenigen Tagen brachte die demokratische Frankfurter Zeitung über Otto Braun einen Aufsatz, dem wir noch folgendes über die Anerkennung der Tätigkeit Otto Brauns entnehmen wollen:

Jetzt, da Otto Braun von seinem Amt als preussischer Ministerpräsident zurückgetreten ist und eine sechs Jahre hindurch geübte verantwortungsschwere Staatstätigkeit mit dem Wirken des Parlamentarismus verknüpft ist, ist es angebracht, einiges über diesen Mann zu sagen, der nicht nur zu den wenigen wirklich bedeutenden Köpfen der deutschen Sozialdemokratie zählt, sondern auch weit über den Rahmen des Parteimäßigens hinaus als Politiker und Staatsmann von Rang an dem Wiederaufbau Deutschlands gearbeitet hat.

Man hört es vielfach in den politischen Kreisen der verschiedensten Parteien sagen: „Hätte die Sozialdemokratie im Reich zwei Männer wie Braun und Severing zur Verfügung gehabt, so wären die Dinge doch vielfach anders gelaufen und die Sozialdemokraten wären nicht wie heute, trotz ihrer ziffermäßigen Stärke, in die zweite Linie gedrückt worden.“ Es läßt sich nicht leugnen: Weder der fleißige Robert Schmidt noch der feinsinnige und weiche Rabbrück oder der idealistische und durch und durch vornehme Rheinländer Solmann und andere mehr waren imstande, eine der Zusammenarbeit von Braun und Severing

irgendwie gleichartige Leistung den Ministern der anderen Parteien gegenüberzustellen. Gewiß, auch Braun hat erst noch Entwicklungen durchgemacht; er war als Volksbeauftragter 1918 und auch vielleicht eine Zeitlang als Landwirtschaftsminister noch allzu stark mit den Eigenschaften des Parteipolitikers behaftet, hatte noch nicht den weiten Blick und die oft nötige kühle Objektivität des voraussehenden Staatsmannes. Aber überraschend schnell hat er sich den Anforderungen angepaßt, die ein mit ständig wachsenden Schwierigkeiten verbundenes Amt an ihn stellte. War er im Kabinett Hirsch, in dem er als Landwirtschaftsminister arbeitete, oft noch der temperamentvolle Streiter, der Zwischenfälle veranlaßte, und — oft auch in sich selbst isolierender Aufsehung gegen Fraktionsgenossen im Kabinett — unbeherrscht seiner Bestimmung die Zügel schiefen ließ, so hat er 1921 bis 1924 als Leiter des Kabinetts der Großen Koalition ein staatsmännisches Geschick und eine Fähigkeit bewiesen, den Ausgleich unter den oft genug weit auseinander stehenden Forderungen der Koalitionsparteien zu bewirken, wie sie besser kein gewiepter Diplomat auch der ausgezeichnetsten alten Schule hätte bewirken können. Man kann es ruhig sagen, daß es unter den Politikern von Rang, die heute an sichtbarer Stelle stehen, nur äußerst wenige geben wird, die gleich ihm diese dreieinhalb Jahre der Koalitionspolitik dreier republikanischer Parteien — die untereinander wieder in kulturpolitischen, wirtschaftlichen und rein politischen Fragen schon so vieles trennte — mit der stets schwankenden, bedenklich nach rechts blühenden, höchstens verunftrepublikanischen Deutschen Volkspartei ermöglicht und durchgehalten hätten. Und wenn gerade von führender volksparteilicher Seite noch in den Hauptschlußverhandlungen des Herbstes 1924 ausdrücklich erklärt wurde, daß, wenn in den Novembertagen 1923 das Reichsgebäude nicht in einer gewaltigen Explosion in die Luft geflogen sei, das vor allem der Stetigkeit und Zielbewußtheit der preussischen Politik zu verdanken gewesen sei, so liest man für Braun, der keine hohe Schule der Diplomatie absolviert, keine theoretischen staatsrechtlichen Studien hatte treiben können, die nachdrücklichste Würdigung des Wertes der letzten und ereignisreichsten Jahre seines Lebens, die Anerkennung aber auch seiner nicht gewöhnlichen Klugheit und zähen Energie.

Die deutsche Arbeiterschaft und vor allem die Textilarbeiter-schaft muß es sich zur Pflicht machen, gegenüber dem reaktionären Ansturm des Bürgertums, einen verkappten Monarchisten als Reichspräsidenten durchzudrücken, alle Stimmen auf Otto Braun zu vereinigen. Wir Textilarbeiter haben die Pflicht, den letzten Kollegen und die letzte Kollegin an die Wahlurne zu bringen, damit sie am 29. März ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abgeben. Sie dürfen niemals annehmen, daß doch eine Stichwahl notwendig wird, sondern sie haben die Pflicht, in der Hauptwahl dafür zu sorgen, daß der Sieg der Sozialdemokratie zufällt. Nur wenn alle ihre Pflicht tun im Interesse der Republik, wird es möglich sein, die Republik zu schützen, einer freiheitlichen Entwicklung die Wege zu ebnen und größeres Unheil vom Volke abzuwenden.

Der Rechtskurs, der unter dem rechtsreaktionären Ministerium Dr. Luther-Stresemann angenommen worden ist, zeigt ja wohin die Reise gehen soll. Denkt nur an den Ruhrskandal, in dem 700 Millionen Rentenmark den Ruhrindustriellen in den Rücken geworfen worden sind! Denkt daran, daß man ein ungerechteres Steuersystem zur Einführung bringen will! Denkt daran, daß die Industrie und Landwirtschaft drauf und dran ist, der Arbeiterschaft immer neue Lasten aufzubürden, daneben aber jede soziale Fürsorge abzubauen bestrebt sind. Ihr

Gewerkschaften und Politik.

Von Ernst Kielisch.

I. Allgemeines.

Ursprünglicher Antrieb der gewerkschaftlichen Bewegung ist das Gefühl beruflicher Zusammengehörigkeit, das Bedürfnis gemeinsamer Berufsinteressenwahrung gewesen. Zu den ersten bescheidenen örtlichen Verbänden, Fachvereinen, Arbeitervereinen schloßen sich gelernter Arbeiter, Zimmerer, Steinsetzer, Schmiede, zusammen, die von Berufsstolz erfüllt sind, derart etwa, wie ihn ehemals zünftige Handwerksmeister und Gesellen zur Schau getragen hatten. Wo dieses Berufsgefühl vorhanden ist, gibt es dem Menschen ein Bewußtsein auszeichnender Bedeutung; er weiß sich im Besitze einer Besonderheit, eines nicht allgemein verbreiteten Könnens; er hat etwas zu eigen, das ihn aus der großen unterschiedslosen Masse heraushebt; er kann nicht durch jeden beliebigen anderen Menschen auf dem Platz, auf dem er wirkt, ersetzt werden; er empfindet seinen Persönlichkeitswert. Zünfte und Gesellenbrüderschaften waren sich einst darin einig gewesen, die allgemeinen Grundlagen des Berufs, des Handwerks zu schützen, den Zugang zum Handwerk erschweren, die Ueberhebung des Handwerks verhindern, errungene Vorrechte behaupten zu müssen. Die ersten gewerkschaftlichen Berufsverbände fielen noch voll zünftiger Erinnerungen und Bestrebungen.

Freilich verflücht der um sich greifende kapitalistisch-liberalistische Geist des 19. Jahrhunderts allmählich die letzten zünftigen Ueberreste, soweit sie sich noch in die auftauchenden beruflichen Arbeitervereinigungen gerettet haben. Ungelernte und angeleitete Arbeiter treten in freie Konkurrenz mit den Gelehrten; die Fachausbildung wird jedem, der sich darum bemüht, freigegeben. Die Arbeit an der Maschine löst ihre entseelenden und verabschwendenden Wirkungen; das Arbeitsergebnis verliert den Charakter einer Leistung, die mit Hingabe hervorgebracht worden war, in der die besonderen Persönlichkeitskräfte ihren Ausdruck gefunden hatten, es tritt als ein Produkt des Zusammenwirkens von Maschine und menschlich, persönlich teilnahmslos geleiteten Handgriffen ins Dasein. In dem Maße, in dem sich diese Entwicklung vollzieht, verdünnt sich das Berufsgefühl der älteren zünftigen Menschen; die Arbeit wird mehr und mehr zur Best, zu der man durch die Notwendigkeit des Lebens ge-

trieben wird, und hört auf, Lebenswert zu sein, zu der man „berufen“ ist. Nur die Facharbeiter bewahren sich noch ein gewisses persönliches Verhältnis zu ihrem täglichen Tun.

Damit steht im Zusammenhang, daß der Berufsgedanke als gewerkschaftliches Organisationsprinzip an Boden verliert. Das Prinzip des Industrieverbandes kommt auf und rinnt um Geltung. Die Gesellenbrüderschaften hatten geselligen, gemüthlichen Bedürfnissen Rechnung getragen; sie hatten den ganzen Menschen mit seinem Sehnen, Hoffen, seiner Freude und Trauer umschlossen; das Menschliche, Persönliche lebte sich darin aus; diese Pflege des Menschlichen und Persönlichen lag im Zuge jener Zeit, in der auch noch das Verhältnis zur Arbeit, zum Meister eng persönliche Färbung trug.

Der Mensch der kapitalistischen Wirtschaft jedoch ist bloße Arbeitskraft, seine produzierende Tätigkeit automatische Arbeitsverrichtung. Er hat keine irgendwie durch Gelehrte, Berodnungen zünftlicher Art gesicherte Nahrung; der Preis seiner Arbeitskraft bestimmt sich auf dem Arbeitsmarkt nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die wichtigste Angelegenheit der Gewerkschaft wird nurmehr die Beeinflussung des Arbeitsmarktes und der Lohnkampfe.

Allerdings hatten die ersten gewerkschaftlichen Vereinigungen, die mehr oder weniger innig an mittelalterliche, zünftige Organisationsformen angeknüpft hatten, sich den neuen Bedingungen der kapitalistischen Produktion noch nicht angepaßt. Sie konnten so, wie sie ins Leben getreten waren, den Erfordernissen der neuen Zeit nicht Genüge tun. Sie hatten erst noch jene Organisationsform zu suchen, unter der sich ihre höchsten Wirkungsmöglichkeiten zu entfalten vermöchten. Die vielen Wirrnisse, durch die noch in den 90-er Jahren die junge Gewerkschaftsbewegung infolge des Streites um die zweimäßigste Organisationsform zerrissen war, waren doch nur ein Ausdruck des Lastens, des Suchens um die Gestalt, in der die Kräfte der Arbeiterschaft im Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen am erfolgreichsten zu mobilisieren und auszuwerten waren.

Trotz gelegentlicher radikal formulierter Zielsetzungen faßte sie ihre Aufgabe häufig noch in einem Sinne auf, der zünftig enger Gepräge trug. So konnte es geschehen, daß die Ueberzeugung entstand, ihnen werde der Boden unter den Füßen weggezogen, je gewaltiger sich der Kapitalismus entwickle. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln 1893 drückte das Clara Zetkin aus, indem sie sagte: „Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungsbereich der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird.“ Ein anderes

Kedner, Betmana-Höchst, meinte: „Mit der Gewerkschaftsbewegung gehe es notwendig zurück in dem Maße, wie die Uebermacht des Kapitalismus wachse.“ Bebel erklärte: „Wir mögen gewerkschaftlich organisiert sein, wie wir wollen; wenn das Kapital einmal allgemein solche Macht erobert hat wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus.“ Es wurde dunkel gefühlt, daß innerhalb der kapitalistischen Ordnung sich auf Seiten des Unternehmertums eine ganz unerhörte Machtfülle angesammelt, und daß die Gewerkschaftsbewegung die neue Situation noch nicht in dem ganzen Ausmaße ihrer Tragweite, ihrer eingeborenen Bedingungen, ihrer Probleme durchschaut habe. Von der inneren Wurzel der alten Gesellenbrüderschaften, dem Berufsgefühl her, das jetzt verflücht war und dessen sachliche Voraussetzungen sich größtenteils verflüchtigt hatten, war der neue Aufgabenkreis gewerkschaftlicher Betätigung nicht zu erben, waren auch nicht starke Zusammenhaltkräfte für die Verbände in Bewegung zu setzen. Das moderne Lohnverhältnis mit seinen Eigentümlichkeiten trieb zu Organisationsformen, Betätigungsweisen und Zielsetzungen, die im Vergleich zu dem Aufgabenkreis der zünftigen Brüderschaften qualitativ durchaus anderer Natur waren. Die Arbeiterschaft mußte sich bewußt aufsteigern, zu einem Machtfaktor, der dem Unternehmertum gewachsen war, und dem aus eigenem Schwergewicht heraus mindestens Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit ausloste. Macht zu sein und Fingerspitzengefühl für die wirksamsten Machtmittel und Kampfesmethoden, deren man bedurfte, um die Macht zu werden, zu bekommen: das war das dringlichste Gebot für die Gewerkschaftsbewegung; beides erforderte Zeit.

Die besondere Natur der deutschen Verhältnisse hatte es mit sich gebracht, daß sich die politische Arbeiterbewegung eines bedeutenden Vorsprungs gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung erfreute. Die kapitalistische Entwicklung, von dem fortgeschritteneren England her angeregt, griff rasch und plötzlich um sich; sie wollte nachholen, was im Ausland schon vorher gewonnen war. Die Arbeiterfrage spitzte sich dementsprechend in Deutschland, vor allem in Preußen und Sachsen unvermittelt zu.

Nun hatten 1848 die Revolutionenorgänge die politischen Interessen der Bevölkerung belebt; der preussische Verfassungskonflikt hielt in den 60er Jahren die öffentliche Meinung in Atem. Die bürger-

Wirtschaftsfriedliche und Kommunisten sind Feinde der Arbeiterschaft. Deshalb gibt jeder seine Stimme der Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes

Inhalt: Zur Reichspräsidentenwahl. — Gegen das agrarisch-schwerindustrielle Bündnis! — Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Stickerieien des Falkenstein-Auerbacher Bezirks. — Frauen-, Jugend- und Betriebsrateteil. — Aus der Textilindustrie. — Aus Arbeitgeberkreisen. — 6. Ausstellung „Nadel und Schere. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Gewerkschaften und Politik. — Wie Männer leider über Frauen denken. — Der Fuhrmann von Dortmund.

müßt dann wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß es notwendig ist, die innegehabte Position in der Republik zu halten.

Dieses können wir nur tun, wenn wir am 29. März dem sozialdemokratischen Kandidaten Otto Braun die Stimme geben.

Deshalb Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen auf zur Wahl! Werbt für den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei!

Gegen das agrarisch-schwerindustrielle Bündnis!

Weitere Ausbeutung der Sache — Jarres der Mann.

Die deutsche Schwerindustrie hat den früheren Oberbürgermeister von Duisburg und ehemaligen Reichsinnenminister Dr. Jarres zum Reichspräsidentenkandidaten bestimmt, und die Leute vom Reichslandbund versammelten sich darauf in Berlin, um eben denselben Dr. Jarres auch auf ihr Schild zu erheben. Schlotbarone und Ritter von Ar und Halm werden also am Sonntag, den 29. März, gemeinsam kämpfen gegen die Republik und die Arbeiterschaft!

Wahlbündnis, das heißt in diesem Falle mehr als je Wirtschafts-bündnis. Es ist ein Bündnis zwischen Wirtschaftsinteressen, die seit Jahren jene unsinnige Wirtschaftspolitik betreiben, die durch Wucherpreise den Warenabfall systematisch erdrückt, die Produktion brachlegt und das Heer der Arbeitslosen täglich vermehrt. Die augenblickliche Wirtschaftskrise ist Ergebnis dieser Politik. Unmächtig sind diese Leute in der Regierung der Republik geworden: im Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungsministerium haben sie ihre Vertreter als Minister sitzen, weshalb es nicht wundernehmen kann, daß dort die Geschäfte der Unternehmer und der Großlandwirtschaft erledigt, nicht aber die Interessen der Massen, des ganzen Volkes, gewahrt werden. Jetzt haben diese Kreise zum entscheidenden Schlag aus: es gilt auch das höchste Amt in der Republik in ihren Besitz zu bringen, das Amt des deutschen Reichspräsidenten. Jahrelang haben sie den Wahlkampf vorbereitet: der berüchtigte Oberst Nicolai, ehemals Chef der kaiserlichen Spionageabteilung während des Krieges, der Leute, die sich für den Verständigungsfrieden einsetzten, einfach ins Irrenhaus sperren, für eine Besserung der Ernährungslage streikende Metallarbeiter kurzerhand in den Schützengräben schießen ließ, Inszenierte mit dem Geld der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes den Barmat-Schwindel, und deutschnationalen Agitatoren kauften für den Wagdebürger Prozeß als Zeugen gegen den verstorbenen Ebert Arbeiter, die von ihren ehrlichen und entrüsteten Kollegen vor Gericht als Lügner und Lumpen bezeichnet wurden. Alles das geschah und geschieht, um das Vertrauen der Massen zur Republik und zu ihren Führern zu erschüttern.

Wenn die Herzen von der Schwerindustrie und vom Reichslandbund nun schon ihre überflüssigen Millionen für solche Zwecke verwenden, verfolgen sie ganz bestimmte Ziele. Diese Leute sind nicht gewohnt, Geld unnütz zum Fenster hinauszuerwerfen.

Über diese Ziele selbst kann kein Zweifel bestehen. Sie aber gehen in erster Linie den Gewerkschaften an: der Industrie und Landwirtschaft ist alles daran gelegen, die jegliche Politik der überbezahlten Preise und des ungerecht verteilten Steuerdrucks aufrechtzuerhalten. Sie wissen aber genau, daß diese Politik zu Arbeitskonflikten führen muß, und bilden sich ein, Streiks und Ausstände einfach durch Verbote unterdrücken zu können. Schon während des Eisenbahnarbeiterstreiks wollte die Regierung mit einem Streikverbot der Bewegung den Garaus machen, und die Agrarier drängen bei ihren Vertrauensleuten in der Regierung auf ein Gesetz, mit dem sie evtl. Frühjahrsstreiks der Landarbeiter totmachen können. Wenn man vor der Wahl des Reichspräsidenten davon abließ, geschah es nur deshalb, um den Arbeitern, Beamten und Angestellten nicht die Augen zu früh darüber zu öffnen, was ein Dr. Jarres für sie als Reichspräsident bedeutet. Sie folgten, indem sie Zurückhaltung übten, dem Gebote listiger Klugheit; indem sie auf ein Eingreifen schon jetzt verzichteten, wollen sie den letzten Schlag um so wirksamer führen. Dafür haben sie das Amt des Reichspräsidenten nötig. Sie wissen, daß die Macht des Reichspräsidenten groß ist. Diese kann den Arbeitern

zum Segen gereichen, wenn sie ein Mann ausübt, der mit den Massen fühlt. Sie wird aber für Arbeiter, Beamte und Angestellte zum Fluch werden und ein Unglück sein, wenn Herr Jarres sie im Interesse der Schwerindustrie und Agrarier mißbraucht.

Mißbraucht aber soll sie werden in der Zollpolitik. Wenn Schlotbarone und Agrarier öffentlich durch die Kandidatur Jarres ihre Bundesgenossenschaft dokumentieren, so wächst diese Freundschaft auf dem Plan, sich gegenseitig die längst begehrten Hochzölle zu sichern. Glaubt dieser Plan, dann wird man sich gegenseitig Hochzölle für Eisen, Fleisch, Getreide, Gemüse usw. bewilligen — und das Volk wird dann jeden Stimmzettel, der für Jarres abgegeben wurde, damit bezahlen, daß der Brotkorb höher gehängt werden muß. Schlotbarone und Agrarier werden dann mit ihren Hochzöllen den deutschen Markt ganz abschließen, ihre Monopole vollständig machen, willkürliche Wucherpreise diktiert und das Volk als wehrloses Ausbeutungsobjekt benutzen. Darum geht das Spiel auch am 29. März! Das ist der Sinn der agrarisch-schwerindustriellen Wahlmagie. Schon jetzt ist infolge von Produktionsersparnissen der Eisenpreis um 30—40 Mt. gestiegen und der Brotpreis um 35—40 Proz. teurer als im Frieden und vor einem Jahr. Das sind die Früchte der Kapitalneubildungspolitik unserer Schlotbarone und Agrarier, die Folgen des letzten Reichstagswahlkampfes, der diesen Leute die Regierung in der Republik auslieferte. Was tut es ihnen, wenn sich der Warenumsatz von Tag zu Tag verringert und die Industriekrise täglich schlimmer wird? Die sich mehrenden Arbeitslosen sind ja für sie die industrielle Reservearmee, die sowohl Landwirtschaft als auch Industrie haben wollen, um sie als Lohnbuckel zu gebrauchen. Wenn sie dazu noch die Erwerbslosenunterstützung abbauen können, wird ihr bekannter Plan, die Löhne auch nominell zu reduzieren, nur erleichtert.

Dagegen wird am 29. März zu kämpfen sein. Herr Jarres ist der junge Mann der Schwerindustrie. Er war der Vertreter des Stinneschen Plans, unsere Westwirtschaft in Rheinland und Westfalen vom Reich loszureißen, um sie den Separatisten und Franzosen zu überlassen. Er wollte Millionen von Arbeitern dem französischen Kapitalismus unter Führung des Herrn Stinnes und unter dem Schutze französischer Bajonette der Ausbeutung bis auf den letzten Blutstropfen preisgeben. Jarres war auch einer der Männer, die der Schwerindustrie die Liebesgabe von 720 Millionen Mark zuschlangen. Er hat so viel für seine Auftraggeber im Thyssen- und Stinnes-Konzern getan, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrig bleibt, und er wird sich den Bundesgenossen von Ar und Halm und ihren gemeinsamen neuen Ausbeutungsplänen nicht verlagen. Die Vorstellung, Jarres als Reichspräsident, bietet wirklich „tröstliche Ausblicke“.

Es ist deshalb unsere Pflicht, am 29. März geschlossen gegen Jarres aufzumarschieren. Jede Zersplitterung ist, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihr ständiger Machtverlust in den letzten Jahren gezeigt hat, heute doppelt schädlich und muß gerade für die Gewerkschaftsarbeit und die kommenden Wirtschaftskämpfe die bösesten Folgen haben. Am 29. März muß es heißen: Die Republik den Republikanern, den wahren Freunden des Volkes!

(Wirtschafts-Korrespondenz für die Gewerkschaftspressen.)

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Stickerieien des Falkenstein-Auerbacher Bezirks.

In der Stickerieindustrie der genannten Orte und deren Umgebung haben sich bis zur gegenwärtigen Zeit Verhältnisse herausgebildet, die geradezu als katastrophal bezeichnet werden müssen. Eingehende Untersuchungen in bezug auf Lohn und Verdienst der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben die trübseligen Zustände zutage gefördert. Die Sticker sind nachgerade an jenem Punkt angelangt, für den die Verhältnisse zutreffen, wie sie in Gerhart Hauptmanns „Webern“ geschildert worden, wo die ausgemergelten schlesischen Weber in ihrer Verzweiflung endlich alles kurz und klein schlugen. Wir sind uns dessen bewußt, daß eine derartige Maßnahme der Arbeiter unten den heutigen Verhältnissen den Arbeitern wiederum nur zum eigenen Schaden gereichen würde. Auch soll obiger Hinweis keine Aufforderung an die Sticker sein, daselbe zu tun. Letzten Endes aber wird wohl auch schon niemand den Stickern, die in ihrer Mehrheit so ziemlich zahm sind, im entferntesten zutrauen, daß sie dazu sich aufzuraffen in der Lage wären, dem Elend zu steuern und sich energisch zur Wehr zu setzen. Die Parallele mit den schlesischen Webern soll aber ein Hinweis sein auf die tatsächlich traurige Lage der Arbeiter in der Stickerieindustrie. Die Sticker, ebendenn eine Kategorie, die nicht als die schlechtest entlohnte bezeichnet zu werden braucht, sind heute so gestellt, daß es ihnen bei allem Entlagen und Einkürzen fast nicht mehr möglich ist, mit ihrem Verdienste ihre Familie über

Wasser zu halten. Löhne von 15, ja sogar 12 Mt., bei neun- und zehntägiger Arbeitszeit, sind bei wöchentlicher Vollbeschäftigung keine Seltenheit. Und mit diesen Löhnen will man die Arbeitsfreudigkeit der Sticker heben, von denen man außerdem noch eine besonders qualifizierte Arbeit verlangt. Fast will es den Anschein erwecken, als ob unter der Parole: Dem Sticker für seine Arbeitskraft und Arbeitsleistung ein Trinkgeld, — dem Fabrikanten der Profit —, Helfeshen und Klugschwäger tatsächlich aus solchen Verhältnissen heraus Aufschreie und allgemeine Besserung für die gesamte Stickerindustrie sich erhofften. Inzwischen hat aber die Berufslosigkeit der Sticker merklich nachgelassen. Und wir sehen, daß die Sticker bestrebt sind, Unterkunft in anderen Industrien zu finden, in denen ihnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geboten werden. Es ist deshalb unter solchen Umständen auch kein Wunder, wenn der Sticker die Flinte ins Korn wirft, wenn er sehen muß, daß er in anstrengender intensiver Arbeit und bei allem guten Willen, eine gute, qualifizierte Ware aus der Maschine herauszubringen, oft nicht einmal soviel wöchentlich verdienen kann wie ein Erwerbsloser an Unterstützung erhält. Recht drastisch sehen wir hier die Verelendung der Masse auf der einen Seite — auf der anderen Seite ein starres Festhalten am Profit, ganz gleich, wie die Dinge ihren Lauf nehmen. Die Herren Stickerfabrikanten haben sich die ganze Zeit her nicht für tariffähig erklärt — der beste und einfachste Weg, sich um das Zahlen eines annehmbaren Lohnes, so wie ihn der Sticker zweifellos verdient, herumzudrücken. Mit einem gewissen Recht muß der Sticker verlangen, daß er, solange er im Vollbesitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte sich befindet, anständig entlohnt wird. Denn nur zu bald ist der Sticker aufgebraucht. Schwierige und komplizierte Muster stellen die größten Anforderungen an Sehkraft und Nerven. Und durch die Führung des Pantographen mit der linken Hand wird gleichzeitig die ganze linke Körperseite des Arbeiters stark in Anspruch genommen, was naturgemäß für die Dauer zur Folge haben muß, daß sehr bald an der Funktion des Herzens krankhafte Erscheinungen sich bemerkbar machen. Wer gute Arbeitskräfte sich erhalten will, sei deshalb vor allen Dingen einmal erst bestrebt, den Arbeitern wenigstens ein Existenzminimum zu sichern, damit der Arbeiter leben kann, um — arbeiten zu können. Inzwischen ist der ein Tor, der etwa glauben möchte, daß diese letzten Andeutungen für die Arbeitgeber eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßten. Und nun komme man nicht etwa von seiten des Unternehmertums mit der alten abgedroschenen Leier, daß ihnen nichts mehr am Herzen läge als die Besserstellung ihrer Arbeiter, und sie würden ja doch auch so gerne höhere Löhne zahlen, wenn — ach Gott, ja — wenn es ihnen selbst nicht gar so schlecht erginge. Wer einmal Gelegenheit hatte, einen größeren Stickerfabrikanten so vor seinen Arbeitern reden zu hören, und wenn es dabei klar wurde, daß all das Gerede nur dazu angetan war, der Begehrlichkeit der Arbeiter einen Dämpfer aufzusetzen, der ist genügend überzeugt und unterrichtet, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Als eine bedauerliche Tatsache aber muß auch hier wiederum festgestellt werden, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft, trotzdem sie selbst nicht das Nötige zum Leben haben, ohne zunächst ihre eigene Lage zu bedenken und fast in einem gewissen Mitleid, so ohne weiteres auf solche Tiraden hereinfallen. Wenn wir von Profitgier der Unternehmer reden, so wird uns dies immer schwer angekreidet. Was geschieht aber da, wo die Sticker einmal auch nur den Versuch machen, energisch auf einer durchaus nicht übertriebenen Lohnerhöhung zu bestehen? In den allermeisten Fällen bekommen die Arbeiter zur Antwort: „Dann sperren wir die Bude zu.“ Der Ausdruck ist in der Stickerbranche fast landläufig geworden und wird von den Arbeitgebern bei Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, mit Vorliebe den Arbeitern hingeworfen. Davon sind auch die Lohnmaschinenbesitzer nicht ausgeschlossen. So sehen wir also, daß der Arbeitgeber an der Aufrechterhaltung seines Betriebes gar kein Interesse mehr hat in demselben Augenblick, da der berechnete und ausgemessene Profit um ein kleines sich vermindern soll. Es sind die Lohnmaschinenbesitzer erwähnt worden. Den Lohnmaschinenbesitzern soll es herzlich schlecht gehen. Man darf es zugeben. Doch in eine Untersuchung, warum die Lohnmaschinenbesitzer den Unternehmern gegenüber in einer derartig trostlosen Lage sich gegenwärtig befinden, wollen wir lieber nicht eintreten. Eines aber sei hier festgestellt: Die Lohnmaschinenbesitzer haben die ganzen Jahre hindurch die Hände in den Schoß gelegt und nicht daran gedacht, daß auch für sie einmal schlechtere Zeiten kommen können. Anstatt einig und geschlossen zusammenzutreten, haben sie sich in Liebedienerei, Raubucken und Kriechen vor den Stickeriegewaltigen geradezu überboten. Schreiber dieses erinnert sich an Vorkommnisse dieser Art, die widerlich, fast läppisch anmuteten. Desterz, kurzes Aufraffen in der Erkenntnis, daß Einigkeit notwendig sei zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage aller, ist mit Straffeuer zu vergleichen, das sehr bald wieder erlosch. Kein Wunder,

(Fortsetzung auf der 4. Seite.)

lichen Vintpartei hatten während ihres Kampfes mit der feudalen Reaktion versucht, die Arbeiterschaft an sich zu fesseln; im Zusammenhang damit standen mannigfache Veranstaltungen zur Aufklärung der Arbeiterschaft, die von den fortschrittlichen Parteien ins Leben gerufen worden waren. Die hervorragendsten Männer, die sich für die Auswirkung der neuen Lage auf die Arbeiterschaft zuerst in vollem Maße aufgeschlossen zeigten und infolgedessen auch zu nachhaltigem führenden Einflusse auf die Arbeiterschaft kamen, Marx, Engels, Lassalle, Schweiher, waren Naturen von starkem, politischem Temperament, von ausgeprägter politischer Willens- und Wesensrichtung.

Das Gefühl des Gegensatzes zum Bürgertum, das in der Arbeiterschaft unter dem Einflusse der Entwicklung der Dinge aufstieg, brachte sich da naturgemäß zuerst auf politischem Boden zur Geltung; die Arbeitervereine der Fortschrittsparteien lösten sich von der bürgerlichen Partei los, machten sich selbstständig und unabhängig. Damit waren dann eigene organisatorische Gebilde der Arbeiterbewegung vorhanden. Diese organisatorischen Gebilde hatten, gleich jeder Organisation, den Drang nach Ausbreitung und Ausdehnung; sie strebten danach, sich alles dessen zu bemächtigen, was irgendwie mit dem Arbeiterleben zusammenhängt, sie wollten Sammelbecken für alle Sorgen, Interessen, Hoffnungen und Leidenschaften der Arbeiterschaft sein. Das Ergebnis des Gegensatzes zum Bürgertum bezog sich wie auf das politische, so auch bald auf das wirtschaftliche und weltanschaulich-religiöse Gebiet und auch hier wurde die Partei das Organ, das dieses Gefühl des Andersseins zum Bewußtsein brachte, pflegte und vertiefte. So wurde die Partei zur Bewegung: glänzend in ihrer Art, wie sie die Arbeiterschaft packte und aufrüttelte, — unzulänglich, sobald praktische Politik inmitten dieses komplizierten, grauen menschlichen Daseins zu treiben war, in dem die größten Erfolge nicht der erzielt, der am hinreißendsten zu deklamieren versteht, sondern der, ein Meister des Verhandeln und Handelns ist. Indem die Partei den Gesamtinhalt, die Summe der Bestrebungen des Arbeiterdaseins an sich raffte, schien im ersten Augenblick kein Bedürfnis nach einer besonderen wirtschaftlichen Arbeiterbewegung vorhanden zu sein. Lassalle war ihr ausgesprochener Gegner. Andere sozialistischen Führer waren der Ueberzeugung, wirtschaftliche Arbeiterorganisationen könnten, da sie unmittelbarer als die Partei an den kleinen Sorgen des proletarischen Alltags anzuknüpfen vermöchten, zum wirkungsvollen Werkzeug der Partei werden, zu einem Instrument gewissermaßen,

durch das die Arbeiter aus dem Betriebe in die Partei hereinzuholen waren, zu einer Vorstufe der Partei. Dieser Auffassung waren Schweiher und auch Bebel. Die Gewerkschaften galten so als Mittel für Parteizwecke; letzten Endes empfingen sie ihren eigentlichen Sinn, ihre besondere Bedeutung, ihre zureichende Rechtfertigung und ihren wahren Wert lediglich von der Aufgabe, die sie für die Partei zu erfüllen hatten.

Wie Männer leider über Frauen denken.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, wurde am 16. Februar 1925 vom höchsten schweizerischen Gerichtshof, dem Bundesgericht in Lausanne, über die Folgen der Lötung eines Mannes durch ein Automobil entschieden; das Urteil ist wegen der Eigenart des Falles auch für deutsche Verhältnisse, für Automobilisten und für alle anderen, von Interesse. Das Urteil erster Instanz zeichnet sich durch höchst originelle Begründung aus, wie sie oft in Urteilen schweizerischer Gerichte zu finden ist.

Als der Ingenieur H. aus Zürich im Dezember 1923 mit einem Personenauto in Luzern durch die Bruchstraße fuhr, mit 18 Kilometer nicht übersteigender Geschwindigkeit, standen vor ihm, nicht ganz in der Mitte der Straße, zwei Männer miteinander im Gespräch. Der Wagenführer gab mit der Hupe Signale, die beiden rührten sich nicht und unterhielten sich, dem daherkommenden Auto den Rücken kehrend, ruhig weiter. Deshalb entschloß sich der Ingenieur, links vorzufahren, wo reichlich Platz war. In diesem Moment rannten die beiden Männer auseinander. Der eine von ihnen rannte auf den Gehweg auf der linken Straßenseite, wurde vom Koffel des Autos erfasst, zu Boden geworfen, erlitt einen Schädelbruch und starb, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, am gleichen Tage. Bestraft wurde der Automobilist nicht, da das Statthalteramt Luzern nach Anhören der Zeugen feststellte, der Verunglückte sei in das Auto hineingelaufen und den Autolenker treffe keinerlei Verschulden.

Frau und Tochter des Getöteten forderten nun Schadenersatz und strengten eine Zivilklage an. Sie wurden abgewiesen, weil der Richter ein Verschulden des Autolenkers verneinte. Das Bezirksgericht stellte wörtlich fest: „Hätten nun hier statt der zwei Männer Frauenpersonen ge-

standen, so hätte H. anhalten müssen, denn, es ist Erfahrungssache und jedem Autofahrer bekannt, daß es bei Frauenpersonen, beim Kinderspiel und bei Hütern unberechenbar ist, auf welche Seite hin sie vor einem Auto plötzlich ausweichen werden!“

Zweifellos hat dieser Richter keine Mustergattin oder er ist Junggefelte.

Der Fuhrmann von Dortmund.

In Dortmund hat das Gericht einen Fuhrmann zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er das Verbrechen begangen hat, wichtiger zu sein als die meisten seiner Zeitgenossen. Besagter Fuhrmann hatte einen Prozeß verloren und schob die Schuld daran seinen Rechtsanwältinnen, den Herren Frank und Elias zu. Um das Renommee dieser Herren zu stärken, tauschte seine beiden Esel nach ihnen und verlor seine beiden Zugtiere mit entsprechenden Namensschildern. Das erregte in der Stadt große Heiterkeit, nur die Rechtsanwältinnen lachten nicht mit, sondern verklagten ihn. Beim Termin fragte ihn der Richter, was er denn nun gemacht hätte, wenn er drei Esel gehabt hätte. Worauf der Fuhrmann antwortete: „Danach braucht der vierte nicht zu fragen.“

So wenigstens haben es die Zeitungen berichtet, und man fragt sich, wie so viel Witz und Schlagfertigkeit in unserem verdrießlichen und geschäftigen Zeitalter noch denkbar ist. Das ist ein Schwanz von Hans Sachs, in unsere trübe Gegenwart gerückt, ein Stück aus einem alten Volksbuch.

Einen Monat dafür? Nun, der prächtige Fuhrmann wird nicht daran sterben, aber soll auf das letzte Ueberrestlichen Humor mit Paragraphen losgeschlagen werden?

Hoffentlich wird der Herr stellvertretende Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen. Es wäre das mehr als ein Gnadenakt, es wäre ein Salut vor dem unsterblichen Volkshumor, der immer dort zu fliegen beginnt, wo der Ernst der Gesehe und Institutionen mit Blei in den Gliedern am Boden bleibt.

Das ist die Moral von dem Spaß. Wenn wir aus dem Streich des Hauptmanns von Köpenick z. B. seitherzeit die richtige Lehre gezogen hätten, wahrscheinlich wäre uns der Krieg erspart geblieben. (Aus „WM.“)

Frauen-, Jugend- und Betriebsrateteil

Reichspräsidentenwahl und Textilarbeiterinnen.

Am 29. März hat das deutsche Volk einen Reichspräsidenten zu wählen. Der erste Präsident der deutschen Republik, Friedrich Ebert, hat am 28. Februar seine Augen für immer geschlossen. Er starb an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Friedrich Ebert war ein echter Sohn des Volkes, ein Kind der Arbeiterbewegung. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, hat er sich nach Beendigung seiner Lehrjahre bald der Arbeiterbewegung angeschlossen. In ihr wurzelte er, aus ihr schöpfte er seine Kraft, für sie wirkte und lernte er unermüdet. So wurde er, dem auch die Verfolgungen des kaiserlichen Deutschland nicht erspart blieben, durch eisernen Fleiß sein Wissen ständig erweiternd, der Arbeiterbewegung ein hervorragender Führer. Die Lauterkeit seines Charakters ist trotz aller von den Feinden der Republik gegen ihn angezettelten, unbegründeten Verleumdungen über jeden Zweifel erhaben. Er starb in den Sinnen! In ihm ist ein Mann dahingegangen, der es verstanden hat, der deutschen Republik die Achtung aller Staaten zu erwerben. Die Anerkennung seiner Persönlichkeit kam in der warmherzigen Teilnahme des Auslandes und auch durch die Anteilnahme nahezu aller politischen Parteien zum Ausdruck. Ganz besonders ehrte den Toten die organisierte deutsche Arbeiterschaft. Millionen haben ihm die letzte Ehre erwiesen, mit berechtigtem Stolz haben die Millionen Männer und Frauen empfunden: Er war unser!

Nun ist der Wahlkampf eröffnet. Er wird mit ganz besonderer Leidenschaft geführt werden. Schon deshalb, weil die bürgerlichen Parteien, die durch lügenhafte Versprechungen sich bei der Dezemberwahl viele Stimmen erschlissen haben, jetzt glauben, ein Anrecht auf den höchsten Posten zu haben, den die deutsche Republik zu vergeben hat. Sie haben es ja nie verwinden können, daß ein einfacher Arbeiter zu der höchsten Würde in der deutschen Republik aufsteigen konnte.

Der Wahlausgang wird also entscheidend dafür sein, ob die Gegner der Republik Aussicht haben sollen, ihre Machtansprüche zu vertheidigen oder ob für Deutschland die Republik auch in Zukunft die Staatsform bleiben soll. Die Erfahrungen der letzten Reichstagswahl, die dem Reiche eine Regierung brachten, in welcher die Vertreter monarchistischer Parteien ausschlaggebend sind, mühte als abschreckendes Beispiel wirkten. Der Kampf der Rechtsparteien geht jetzt wie im Dezember gegen die Republik. Alle Beschimpfungen gegen die Republik und ihre Stützen dienen nur dem Zweck, die gegenwärtige Staatsform verächtlich zu machen.

Die Sozialdemokratische Partei hat in der Person des ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten

Otto Braun

einen Mann als Präsidentschaftskandidat aufgestellt, der würdig ist, das Erbe Eberts anzutreten. Otto Braun ist ebenfalls ein Kind der Arbeiterklasse. Sein Entwicklungsgang brachte auch ihn nach beendeter Lehrzeit in die Arbeiterbewegung. Mit eisernem Fleiß arbeitete auch er sich empor zu einem hervorragenden Arbeiterführer. Die Arbeiterbewegung war der Boden, in dem er wurzelte, aus dem er seine Kräfte zur Bekämpfung der gegen die Arbeiterbewegung gerichteten reaktionären Bestrebungen schöpfte. Die organisierte Arbeiterschaft bewies durch seine Wahl in das Dreiklassenparlament Preußens im Jahre 1913, wie hoch sie den Mann einschätzte, der sich wegen seines mutigen Eintretens für die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter den Haß der preussischen Junker zugezogen hatte. Im März 1919 wurde er preussischer Landwirtschaftsminister, nach dem Rücktritt preussischer Ministerpräsident. In diesen höchsten Ämtern hat er durch sein Wissen, die Lauterkeit seines Charakters und seinen politischen Weitblick sich die Achtung auch seiner Gegner erworben. Nie hat er aber die Wahrnehmung der Interessen der bedürftigen Bevölkerung außer acht gelassen, nie vergessen, daß er aus dieser Bevölkerungslage emporgestiegen ist.

Am 29. März geht der Kampf um das Schicksal der deutschen Republik für die nächsten sieben Jahre.

Für die Textilarbeiterinnen ist es eine sittliche Pflicht

Otto Braun

zu wählen. Durch nichts dürfen sie sich beirren lassen. Wenn sie die Verhältnisse, unter denen sie leiden, bemerkt empfinden, so müssen sie dem Kandidaten ihre Stimme geben, der die Republik als Staatsform anerkennt. Denn nur in einem demokratischen Staate, wie es die deutsche Republik ist, können die Forderungen, welche die arbeitende Bevölkerung zu erheben berechtigt ist, allmählich durchgeführt werden.

Schon die Aufstellung der Kandidatenliste zeigte deutlich, daß die reaktionären Parteien erst den Mann suchen mußten, von dem sie zu erwarten hoffen, daß er für die Machtgelüste der Parteien, die ihn aufstellten, der rechte Mann sei. Was erhoffen sie von ihm? Daß er seine Politik danach einstellen werde, um die Monarchie in Deutschland wieder aufzurichten. Könnten Parteien, die monarchistisch eingestellt sind, jetzt im Kampf um den Präsidentsen wie bei der letzten Reichstagswahl sich plötzlich für die Republik erklären, Vertreter des Volkes sein, wie sie das Volk braucht? Die Arbeiterinnen dürfen nicht vergessen, wie die Rechtsparteien das Volk belogen und betrogen haben, seit sie in der Regierung sitzen! Wo blieb die Erhöhung der versprochenen Renten? Sie sagen, es ist kein Geld dazu vorhanden. Wie lösen sie die Frage der Aufwertung der Sparguthaben, um welche sie durch ihre unsinnige Inflationspolitik die kleinen Sparrer betrogen und sich selbst bereicherten? Sie lehnen die aus ihren eigenen Reihen gestellten Anträge einfach ab. Wo ist ein Fortschritt in der für die Arbeiter so wichtigen Sozialversicherung zu erkennen? Nirgends! Aber 715 Millionen Mark den schwerreichen Ruhrindustriellen in den unerfährlichen Taschen zu werfen, ohne Zustimmung des Reichstags, dazu hatte die Regierung, die ausführendes Organ dieser Kreise ist, Geld. Das sind die Leute, welche die Arbeiterbewegung entretchen wollen, die Leute, die die Arbeitszeit nicht lang genug halten können, die den Arbeitern und Arbeiterinnen die Löhne so niedrig halten, daß sie kaum zur Friftung des Lebens ausreichen. Sollen unsere Arbeiterinnen noch immer nicht erkannt haben, wo ihre Feinde stehen? Was für sie von ihrer Stimmabgabe abhängt?

Die Sozialdemokratie hatte keine Ursache, nach einem Manne umzusehen. Sie stellte den Mann auf, von dem sie überzeugt war, daß er derjenige ist, der den Interessen des arbeitenden Volkes am besten dient, der würdig ist, das Erbe Eberts anzutreten und in seinem Sinne weiter dem gesamten Volke zu dienen.

Otto Braun ist der Kandidat des Volkes.

Die Masse des Volkes, deren größten Teil die Frauen bilden, muß diesem Kandidaten des Volkes ihre Stimme geben.

Wieder liegt, wie bei allen Wahlen zuvor,

die Verantwortung für den Wahlausgang bei den Frauen.

Sie stellen die größte Zahl der Wahlberechtigten. Den Arbeiterinnen ist durch die Taten der bürgerlichen Parteien in der Regierung doch deutlich genug deren Arbeiterfeindlichkeit eingehämmert worden. Können denkende Arbeiterinnen ihren Feinden zur Macht verhelfen wollen? Niemals! Es darf von jeder Wahlberechtigten Textilarbeiterin erwartet werden, daß sie ihre Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie, für Otto Braun abgibt. Wer Otto Braun wählt, bekennt sich zur Republik, wer sich zur Republik bekennt, erkennt an, daß nur in der republikanischen Staatsform die Rechte der Arbeiterinnen Anerkennung finden und durchgeführt werden können. Alle Arbeiterinnen müssen auch für die friedliche Entwicklung Deutschlands sein. Deshalb müssen sie auch ein Staatsoberhaupt wählen, welches die Gewähr für eine Politik der Verständigung und des Friedens bietet.

Alle Textilarbeiterinnen müssen sich vergegenwärtigen, welche außerordentliche Verantwortung der erste Präsident der Republik dem ganzen Volke gegenüber getragen hat, und sich bemüht sein, daß auch der Präsidentschaftskandidat Otto Braun sich dem arbeitenden Volke gegenüber immer verantwortlich gefühlt hat. Nun soll er getragen von dem Vertrauen des Volkes zum höchsten Posten im Staate berufen werden. Darum müssen auch alle Arbeiterinnen der Verantwortung gegenüber ihrer Klasse den richtigen Ausbruch dadurch geben, daß sie dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme geben. Für alle Textilarbeiterinnen, die wahlberechtigt sind, heißt die Parole am 29. März:

Wir wählen Otto Braun!!

Die neuen Freifahrvorschriften.

Am 1. Januar 1925 ist die neue Freifahrvorschrift (Frei D) in Kraft getreten. Die für die Lehrlinge und Jugendlichen wichtigen Paragraphen nebst Ausführungsbestimmungen (diese in kleinerer Schrift) lauten folgendermaßen:

§ 5.

Lehrlinge.

Freie Fahrt kann gewährt werden: zur Erledigung von Dienstgeschäften; zum Besuch des Pflichtfortbildungsunterrichts zwischen Wohn- oder Dienstort und dem Ort des Unterrichts; zwischen Wohn- und Dienstort; zu den regelmäßigen täglichen Fahrten, wenn das Wohnen außerhalb des Dienstorts aus dienstlichen Gründen veranlaßt ist oder der örtlichen Wohnsitte entspricht; zum Besuch des Gottesdienstes an Sonn- und kirchlichen Feiertagen an dem hierfür nächstgelegenen Ort, sofern am Wohnort oder in dessen nächster Umgebung Gottesdienst des Bekenntnisses

Spart für den Jugendtag in Dresden!

des Lehrlings nicht abgehalten wird. Der Ort des Gottesdienstes wird von dem Amt bestimmt. Hin- und Rückfahrt müssen am gleichen Tage ausgeführt werden. Die Vergünstigung wird nur den Angehörigen der Religionsgesellschaften gewährt, die die Eigenschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts besitzen;

zu den notwendigen Reisen in Krankheitsfällen);

a) zum zuständigen Kassen- oder Kassenfacharzt,

b) zum nächstreichbaren Arzt oder Facharzt, wenn Gefahr im Verzug ist,

c) zur kassenärztlich verordneten Behandlung in der nächstgelegenen Krankenheilanstalt und zur Durchführung einer kassenärztlich verordneten Heilkur,

d) nach dem nächstgelegenen Ort zur Beschaffung kassenärztlich verordneter Heil- und Hilfsmittel).

Wegen der Begleitung s. § 13, Ziff. 5a;

in persönlichen Angelegenheiten);

nach Ablauf des ersten Lehrjahres im Kalenderjahr, zu 1 Fahrt,

nach Ablauf des dritten Lehrjahres im Kalenderjahr, zu 2 Fahrten.

Die Fahrten sind auf mittlere Entfernung zu beschränken. Außerdem kann freie Fahrt zu jährlich 4 Turn- und Wanderausfahrten in EU- und Personenzügen auf Entfernungen bis zu 50 Kilometer gewährt werden, wenn die Fahrten von den zuständigen Stellen angeordnet sind und unter amtlicher Führung stattfinden.

1) Durch die Vorschrift, daß Freifahrt gewährt werden kann, soll die Entscheidung über die Gewährung oder Verweigerung der Freifahrt nicht in das freie Ermessen der zuständigen Stelle gelegt werden. Dem Vorliegen der Voraussetzungen ist stets vorher z. B. für außerordentliche Reisen auf mittlere Entfernungen ohne nähere Prüfung zu genügen. Wo die Freifahrt jedoch die Gewährung der Freifahrt vom Vorliegen besonderer Gründe abhängig macht, in der Höhe der höchsten Entfernungen, ist eine Prüfung der Notwendigkeit der Freifahrt, ist die Entscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse zu treffen.

2) Hierunter fallen auch die Reisen zur Ausbildung und zur Ablegung von Prüfungen, soweit sie durch die Dienstverhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bedingt sind oder von dieser angeordnet werden.

3) Als Wohnort gilt der Ort, an dem der Familienhaushalt geführt wird.

4) Ist nach Lage des Fahrplans im Einzelfall die Reise innerhalb eines Tages nicht durchführbar, so ist ein Fahrplan zu verwenden, in dessen Geltungsbereich der Tag vor oder nach dem Gottesdienst einbezogen ist.

5) Hierzu gehören nach Artikel 137 der Reichsverfassung diejenigen Religionsgesellschaften, die berechtigt sind, nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.

6) Bei bahnrätlicher Behandlung ist eine Befreiung des zuständigen Bahnarztes, im übrigen eine Befreiung des behandelnden Arztes beizubehalten.

7) Voraussetzung ist, daß die Heil- und Hilfsmittel — künstliche Glieder, Brillen, Bruchbänder u. d. — nur außerhalb des Dienstortes in Anwesenheit des Bediensteten beschafft werden können.

8) Auf mittlere Entfernungen ist eine Reisezeit von 250 Kilometern anzunehmen. Über diese hinausgehende Entfernungen sind im § 2 Ziffer 1 bezeichneten Stellen näher angegeben, wenn wichtige, insbesondere kulturelle Bedürfnisse eine Ausnahme rechtfertigen, z. B. zur Verbindung des Inlands mit dem reichsweiten Fernverkehr, von Disziplin, Disziplinieren mit Berlin.

Der Zeitumfang, den die Freifahrt auf dem Eisenbahn- und Schiffstrecken erfordert, muß in einem angemessenen Verhältnis zur Dauer der Abwesenheit des Bediensteten von seinem Unterfunktionsort liegen, so daß der Bedienstete nach beendeter Reise den Dienst ausserhalb antreten kann.

In die Geltungsbereich des Fahrplans können die dem Urlaub vorangehenden und an ihn anschließenden dienstfreien Reisen sowie ein kurz nach Witternacht des letzten Geltungstages auf dem Zielbahnhof eintreffender Zug einbezogen werden.

Als wichtige persönliche Anlässe sind insbesondere anzusehen Reisen zum Besuch schwer erkrankter naher Verwandter, zur Teilnahme an Beerdigungen und zum Besuch der Heimat, wenn Bedienstete nach entfernt gelegenen Bezirken verlegt worden sind.

§ 6.

Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren.

Freie Fahrt kann gewährt werden:

zur Erledigung von Dienstgeschäften);

zwischen Wohn- und Dienstort

zu den regelmäßigen täglichen Fahrten, wenn das Wohnen außerhalb des Dienstorts aus dienstlichen Gründen veranlaßt ist oder der örtlichen Wohnsitte entspricht);

zu den notwendigen Reisen in Krankheitsfällen);

a) zum zuständigen Kassen- oder Kassenfacharzt,

b) zum nächstreichbaren Arzt oder Facharzt, wenn Gefahr im Verzug ist,

c) zur kassenärztlich verordneten Behandlung in der nächstgelegenen Krankenheilanstalt und zur Durchführung einer kassenärztlich verordneten Heilkur,

d) nach dem nächstgelegenen Ort zur Beschaffung kassenärztlich verordneter Heil- und Hilfsmittel).

Wegen der Begleitung siehe § 13 Ziff. 5a.

1) Hierunter fallen auch die Reisen zur Ausbildung und zur Ablegung von Prüfungen, soweit sie durch die Dienstverhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bedingt sind oder von dieser angeordnet werden. Nicht hierunter fallen Reisen zur Ausführung von Dienstgeschäften für Rechnung Dritter und Reisen auf Vorladung vor die Zivil-, Straf- und Disziplinargerichte.

2) Als Wohnort gilt der Ort, an dem der Familienhaushalt geführt wird.

3) Bei bahnrätlicher Behandlung ist eine Befreiung des zuständigen Bahnarztes, im übrigen eine Befreiung des behandelnden Arztes beizubehalten.

4) Voraussetzung ist, daß die Heil- und Hilfsmittel — künstlichen Glieder, Brillen, Bruchbänder u. d. — nur außerhalb des Dienstortes in Anwesenheit des Bediensteten beschafft werden können.

5) Freifahrgehalt.

Um Gewährung einer Freifahrt ist in der Regel schriftlich unter Benutzung eines Formblatts nachzufahren. Der Antrag ist so rechtzeitig zu stellen, daß für die Genehmigung der Freifahrt und Ausfertigung des Freifahrtausweises hinreichend Zeit verbleibt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Freifahrt ohne das Freifahrt genehmigt ist, und dann das vorausgesetzte Fahrgeld im Geltungsbereich zurückzuerhalten. Derartige Gebühren darf nur dann entprochen werden, wenn die Reise wegen nachträglicher Dringlichkeit bis zum Einlangen

des Freifahrtausweises nicht aufgeschoben werden konnte. Die Entscheidung hierüber treffen die im § 21 Ziffer 1 bezeichneten Stellen.

Den vollen Wortlaut finden die Leser in einer vom Verbands herausgegebenen Schrift, die zum Preise von 0,25 Mk. vom Hauptvorstand bezogen werden kann.

So sieht eine „oppositionelle Gothaer Vorschlagsliste“ aus

In Nr. 12 des „Textil-Arbeiter“ haben wir die von der kommunistischen Parteizentrale (K.P.D.-Zentrale) bezüglich der Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen erteilten Anweisungen wiedergegeben, in denen die Belegschaften aufgefordert werden, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten mit aller Entschiedenheit für die Befolgung der freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten mit Kommunisten einzutreten. Den Belegschaften ist es allerdings gestattet, neben Kommunisten auch „parteilose und sozialdemokratische Arbeiter, die die Politik der K.P.D. bekämpfen, in bestimmten Fällen (Verletzung der K.P.D.) für die Aufstellung der Kandidaten mit vorzuschlagen“. Falls trotz aller Bemühungen nicht genügend K.P.D.-Anhänger auf die freigewerkschaftliche Liste aufgenommen werden, soll eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob die Aufstellung einer oppositionellen Gothaer Liste zweckmäßig ist. Von den Kommunisten der Bremer Volkammerei sind die Anweisungen der K.P.D.-Zentrale streng befolgt worden. Ihre Bemühungen, auf der freigewerkschaftlichen Vorschlagsliste entscheidenden Einfluß zu erlangen, scheiterte an dem Widerstand der auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Verbandskollegen. Dieser Umstand gab der oppositionellen Arbeiterschaft der Bremer Volkammerei Veranlassung, gemäß den Anweisungen der K.P.D.-Zentrale eine sogenannte „oppositionelle Vorschlagsliste“ aufzustellen. Um der Textilarbeiter-schaft die Zusammenfassung einer derartigen Liste vor Augen zu führen, bringen wir nachstehend die

Vorschlagsliste der oppositionellen Arbeiterschaft

der Bremer Volkammerei in Blumenthal zum Abdruck.

Laufbahnnummer	Familienname	Vorname	Beruf	Dauer der Organisationszugehörigkeit
1	Schmidt	Friedrich	Maurer	nach kein Jahr organisiert
2	Gesell	Hermann	Arbeiter	nicht organisiert
3	Drabant	Leo	Arbeiter	7 Wochen organisiert im Metallarbeiterverband organisiert
4	Kruse	Georg	Kupferschmied	nach kein Jahr organisiert
5	Weber	Waldeemar	Arbeiter	seit 1918 organisiert
6	Roßtegel	Marie	Sortiererin	nicht organisiert
7	Hollmeier	August	Rohlenzieher	?
8	Weder	Wilhelm	Sortierer	7 Wochen organisiert
9	Wiezorek	Franz	Arbeiter	nicht organisiert
10	Börgele	Heinrich	Arbeiter	2 Weiräge geleistet
11	Brand	Gustav	Schlosser	7 Wochen organisiert
12	Emardon	Ernst	Krempelpuzer	nicht organisiert
13	Hoffmann	Wilhelm	Dreher	?
14	Schweingruber	Richard	Arbeiter	seit 1919 organisiert
15	Meyer	Hermann	Maler	?
16	Holl	August	Feizer	?
17	Hollberg	Michael	Arbeiter	7 Wochen organisiert
18	Hermann	August	Arbeiter	5 Wochen organisiert
19	Marshall	Wilhelm	Schweißer	7 Wochen organisiert
20	Neumann	Wilhelm	Schweißer	12 Wochen organisiert
21	Ganzen	Gerhard	Arbeiter	?
22	Kindla	Lorenz	Arbeiter	nicht organisiert
23	Grabowski	Johann	Arbeiter	nicht organisiert
24	Taufe	Heinrich	Dreher	langjährig organisiert
25	Thomas	Emil	Arbeiter	nicht organisiert
26	Rehner	Wilhelm	Arbeiter	?
27	Reichmann	Franz	Arbeiter	1 Jahr organisiert
28	Langhorst	Anna	Arbeiter	7 Wochen organisiert
29	Kudas	August	Arbeiter	1 Jahr organisiert
30	Saberecht	Albert	Arbeiter	?
31	Zug	August	Schlosser	langjährig organisiert
32	Körkel	Dieterich	Schlosser	?
33	Macjinski	Klaus	Arbeiter	nicht organisiert
34	Wente	Karl	Arbeiter	nicht organisiert

Diese Vorschlagsliste zeigt sinnenfällig, daß es selbstdenkende organisierte Textilarbeiter entzweien abliehen, sich der kommunistischen Partei zum Zwecke der Verwirklichung ihrer sinnlosen Parolen zur Verfügung zu stellen. Erfahrene Gewerkschafter haben, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, längst erkannt, daß derartige Vorschlagslisten die Interessen der Arbeiterschaft schädigen und für die gesamte Arbeiterbewegung eine unübersehbare Gefahr in sich bergen. Allzuoft haben sich die aus derartigen Vorschlagslisten hervorgegangenen Betriebsvertreter, weil sie den Gewerkschaften fremd oder gar feindlich gegenüberstehen, als Handlanger des Unternehmertums erwiesen. Sie sind gefügiges Werkzeug in den Händen des Unternehmers. Den Abschluß sogenannter Werttarife und der Schaffung der von den Unternehmern herbeigeführten Werksgemeinschaften legen sie in der Regel nebenswerten Widerstand nicht entgegen. Zweck und Ziel der selben Wertvereine haben wir an dieser Stelle bereits eingehend besprochen, so daß wir nicht noch einmal näher darauf eingehen wollen. Nur soviel sei kurz gesagt: Durch die Werksgemeinschaften würde vor allen Dingen die Arbeiterschaft der betreffenden Werke in völlige Abhängigkeit und Hörigkeit von der Betriebsleitung geraten. Jede Solidarität würde aufhören und die Arbeiter würden zu billigen und willigen Ausbeutungsobjekten herabgewürdigt werden. In den Betrieben würde eine elende Kriecherei und Streberei großgezüchtet und jede selbständige Regelung in der Arbeiterschaft sofort ersticht werden. Auslieferung der Arbeiterschaft an das reaktionäre Unternehmertum wäre das Ergebnis der Werksgemeinschaften. Die Erreichung dieses Unternehmertums muß unter allen Umständen verhütet werden. Ein Hand-in-Handarbeiten mit den Gewerkschaften ist für die Praxis der Betriebsräte von ausschlaggebender Bedeutung. Nur dort, wo starke Gewerkschaften hinter den Betriebsräten stehen, vermögen diese die Interessen der Arbeiterschaft erfolgreich wahrzunehmen.

Wir rufen deshalb die Textilarbeiter-schaft nochmals auf, dort, wo noch keine Betriebsratswahlen stattgefunden haben, sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß auf die freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten nur kampferprobte und befähigte Verbandskollegen, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, aufgenommen werden. Auf bereits vorliegenden Listen sind alle gegnerischen Kandidaten zu streichen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Arbeiterinteressen schädigenden kommunistischen Zerpfütterungsmanöver bei den Betriebsratswahlen an dem einmütigen Widerstand der organisierten Textilarbeiter-schaft zerfallen. Deshalb gebt eure Stimme nur der

Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

Nur so schafft ihr die Garantie für eine erfolgreiche Interessenvertretung in den Betrieben!

Die Erfahrung und der Geist der Frauen sind erforderlich, um zu verhindern, daß der vom Familiengeist getragene Staat seine Struktur nur von der Erfahrung der Männer empfangt. Machonad (Sozialismus und Regierung. Verlag Dieberich, Jena.)

Kommunistische Vorschlagslisten sind abzulehnen, weil deren Kandidaten lediglich zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden!

daß die Stickerfabrikanten die Lohnmaschinenbesitzer nicht ernst zu nehmen brauchen, diemell sie kein Rückgrat besäßen. Für die Lohnmaschinenbesitzer in den Städten aber, und das soll nicht vergessen werden, besteht allerdings noch eine andere Gefahr. Zur Zeit, als die Stickerindustrie allgemein noch als Goldgrube bezeichnet wurde, versuchte alles, sich auf diese Industrie zu werfen. Die Bauern auf dem Lande hingen die Landwirtschaft an den Nagel, oder sie betrieben sie nur noch in dem Maße, als sie ihren familiären Bedürfnissen ausreißend erträglich war. Sie schafften sich Stadtmaschinen an. Söhne und Töchter arbeiteten mit im Betrieb. In der Lohnregelung, ganz besonders aber in der Arbeitszeitfrage, herrschte dort sehr bald eine müßige Anarchie, die sich bis in die gegenwärtige Zeit erhalten hat. Es wurde lustig darauf los gestickt. Reichten die Tagesstunden zur Befriedigung der Sticker nicht aus, so wurden einige Stunden zur Nacht gearbeitet. Sogar Sonntags ließ man die Maschinen nicht in Ruhe. Es sind solche Fälle bekannt. Man tat dies, ohne Furcht vor gesetzlichen Bestimmungen, denn wo kein Kläger ist, zunächst, kann auch kein Richter sein. Die Bezahlung der Arbeiter in der Stickerindustrie auf dem Lande ist natürlich keineswegs besser als in den Städten. Im Gegenteil, sie muß eine noch schlechtere sein, da die Lohnmaschinenbesitzer vom Lande sich bei den Unternehmern zu jedem Preis anbieten. Und die Stickerfabrikanten geben natürlich die Aufträge an solche Lohnsticker ab, die bereit sind, die Arbeit billiger zu machen. Profit? Das Wort wird so ungern gehört. Doch es ist hier wohl wieder angebracht. Fast könnte man aber in solchen Fällen den Unternehmer gar nicht einmal als den hauptsächlichsten bezeichnen, — es wird ihm geboten, und er nützt es aus, — und wer freiwillig die Waage hinhält, ist allerdings auch wert, daß er geschätzt wird. Alle diese Dinge aber bedeuten die außerordentliche Gefahr für die Lohnmaschinenbesitzer in den Städten, und es dürfte in unzähligen Fällen Tatsache sein, daß der Lohnmaschinenbesitzer in der Stadt bemüht ist, Arbeit zu erhalten, um auch seine Sticker beschäftigen zu können, die Arbeit aber des zu niedrigen Lohnes wegen nicht annehmen kann. Wie steht nun aber der Sticker zum Lohnmaschinenbesitzer? Dem Sticker, der sich seiner eigenen Haut wehren muß, der mit sich selbst genügend zu schaffen hat, kann nicht zugewandt werden, weil er bei einem Lohnmaschinenbesitzer in Arbeit steht, seine Arbeitskraft billiger zu Markte zu tragen, weil sein Arbeitgeber, der Lohnmaschinenbesitzer, die Arbeit auch zu niedrigeren Löhnen annehmen mußte. Viele Lohnmaschinenbesitzer sind sich darüber auch vollständig im Klaren, daß man dem Sticker nicht zumuten könne, für sie die Kastianen aus dem Feuer zu holen. Da der Sticker dieselbe Arbeit beim Lohnmaschinenbesitzer als auch beim Fabrikanten leisten muß, ist es sein gutes Recht, auch beim Lohnmaschinenbesitzer darauf zu dringen, daß ausländische Löhne bezahlt werden.

Im Plauerer Bezirk dürften alle diese Verhältnisse nicht ganz so schlimm sein, jedoch haben auch dort die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Stickerindustrie allen Grund zu klagen, da auch sie die Not an eigener Leibe verspüren. Aus all diesen Verhältnissen heraus aber erwächst den Beschäftigten in der Stickerindustrie die Pflicht, von unten auf zu drängen nach Besserung. Die Arbeiterschaft muß die Augen offen halten und darf nicht schlafen. Es ist tödlich von ihr, zu glauben und anzunehmen, daß es schon von selbst wieder besser werden wird. Der einzelne freilich vermag hier wenig auszurichten. Dazu gehört eine festgefügte Organisation. Deshalb haben es die Stickerarbeiter und -arbeiterinnen des Vogtlandes gerade in der gegenwärtigen Zeit nötig, ihre Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, zu stärken und zu festigen. Ist dies nicht der Fall, so wird auch auf längere Zeit hinaus der Unternehmerwillkür Tür und Tor geöffnet sein, so wie es in der letzten Zeit der Fall war. In einem Beispiel soll bewiesen werden, wie ein Unternehmer wirtschaften kann, wenn die Arbeiterschaft des Betriebes gleichgültig zur Seite steht. Dieses Beispiel wirkt aber auch zugleich ein großes Schlaglicht auf die Schmutzkonzurrenz, die in der Stickerindustrie allenthalben gang und gäbe ist.

Von einer größeren Firma, namens S. in Auerbach, ist bekannt, daß sie in Hamburg Ware so billig angeboten habe, daß selbst Großfirmen darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Firma bei der Preisierung doch tatsächlich noch bares Geld zugeben müsse. Darauf habe der Fabrikant erklärt: er sei infolge seiner vorzüglichen Betriebsorganisation und der niedrigen Löhne in der Lage, diese so außerordentlich niedrigen Preise zu stellen — und trotzdem noch zu verdienen.

Also zunächst durch eine vorzügliche Betriebsorganisation. Vielleicht wird das als eine vorzügliche Betriebsorganisation angesehen, wenn im Betrieb kein Betriebsrat besteht, der nicht nur allein auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes sorgsam bedacht ist, sondern sich auch einmal um die Lage der Arbeiter kümmert, und ab und zu einmal beim Arbeitgeber nach dem Rechten sieht. Durch die niedrigen Löhne aber ist man in der Lage, geradezu auffallend billig verkaufen und daran trotzdem noch verdienen zu können.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wann rafft ihr euch endlich auf und beginnt zu begreifen, daß ihr in eurem total heruntergewirtschafteten Erwerbszweig die am meisten Geschädigten seid? Um das Elendsbild in der Stickerindustrie noch zu vervollständigen, müßte eigentlich das Heimarbeiterlos in der Stickerindustrie in seiner ganzen Nacktheit aufgezeichnet werden. Doch davon soll abgesehen werden. Namhafte Vertreter der arbeitenden Klasse haben kürzlich erst im sächsischen Parlament, als diese Frage zur Beratung stand, sich in dankenswerter Weise bemüht, die Heimarbeiterfrage genügend aufzurollen. Der Ruf aber — hinein in die Organisation! Denn nur dort werden eure Rechte gewahrt — gilt, wie für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben, so auch in der höchsten Maße für die Heimarbeiter. Folgen wir dem Rufe, in der Erkenntnis, daß organisatorischer Zusammenschluß unbedingtes Erfordernis ist. Nichts fällt uns müßig in den Schoß. Jede Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage muß errungen und erkämpft werden, mit und durch die Organisation.

Aus der Textilindustrie.

Erweiterung der tschechoslowakischen Textilindustrie.

Die tschechoslowakischen Spinnereien haben in letzter Zeit 50 000 bis 60 000 neue Spindeln aufgestellt. Der Rautner-Konzern hat seinen Betrieb um etwa 20 000 Spindeln ausgedehnt. Die Baumwollspinnerei und Weberei in Geroc hat ihre Spindelzahl um 15 000 und die Baumwollspinnerei und Weberei Josef Barton u. Söhne in Nachod um 11 000 erweitert. Daneben haben noch eine Reihe anderer Baumwollspinnereien Erweiterungen durchgeführt. Die Spindelzahl der Tschechoslowakei beträgt nunmehr rund 3 1/2 Millionen.

Die sächsischen Spinnereibesitzer für Schutzzölle.

Am 6. März 1925 fand eine Hauptversammlung der Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer in Dresden statt, in welcher der Rechtsanwältin Amalder ein Bericht über den gegenwärtigen Stand der Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen erstattet. Amalder beschränkte sich auf 3 1/2 Stunden. Nach dem einen Bericht der „Leipziger Wochenblätter für Textilindustrie“ sagte er u. a.: „Wenn auch als grundsätzliches Ziel im allgemeinen nur Zölle zu erstreben sind, durch welche die notwendige innerdeutsche Vorbelastung ausgeglichen wird, so wird es bei der jetzigen Zollpolitik der Verbändegegner niemals gelingen, Konzessionen für die Einfuhr unserer Waren zu erreichen, ohne daß ein hoher deutscher autonomer Tarif angenommen wird. Das gesamte deutsche Wirtschafts-

leben muß an die Reichsregierung die Forderung stellen, so schnell wie möglich die große Zolltarifreform durchzuführen und die Handelsvertragsverhandlungen mit der Gegenseite nur auf der Basis eines sogenannten Übertarifes mit hohen Zollsätzen weiterzuführen, der automatisch gegenüber allen Ländern in Kraft tritt, die sich nicht zu angemessenen handelsvertraglichen Abmachungen mit Deutschland entschließen.“

Prof. Dr. Reiter-Sena besprach den Rück- und Ausblick in der deutschen Wirtschaftspolitik. Dr. Reiter fuhr noch bedeutend schärferes Geschütz auf; er trat für starke Erhöhung der Zölle ein. Er führte nach der oben genannten Quelle aus, daß die währungspolitischen Schwierigkeiten und die vielfach erörterten Mittel: Einfuhrbeschränkung und Ausfuhrsteuerung, bei den in allen Staaten der Welt vorhandenen Schutzollbestrebungen und bei der Abhängigkeit Deutschlands vom Bezug ausländischer Waren solange wirkungslos sind, als wir nicht durch Anwendung von Kampfzöllen erreichen, in die gegen die deutsche Waren errichteten Schutzollmauern Bresche zu schlagen.

Wir sehen hieraus, daß die Spinnereibesitzer in jeder Form für eine starke Erhöhung der Zölle eintreten. Sie verlangen eine acht- bis zehnfache Erhöhung derselben. Wir haben schon früher ausgeführt, daß wir es für außerordentlich bedenklich halten, wenn den Forderungen der Spinnereibesitzer Rechnung getragen wird. Die Spinnereibesitzer haben seit jeher der Aufrichtung hoher Schutzollmauern das Wort geredet, und zwar aus reinem Profitinteresse. Es liegt durchaus nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft, daß wir die Garnen durch hohe Zollmaßnahmen erschweren. Unsere Textilwirtschaft bedarf der ausländischen Garne. Die deutschen Spinnereien sind nicht in der Lage, den Bedarf Deutschlands an Garnen zu decken. Die Erhöhung der Zölle für Garn würde eine starke Verteuerung der Textilwaren zur Folge haben und zweitens die Möglichkeit des Exports von Textilzeugnissen noch stärker gefährden.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Eine Kundgebung der Vereinigten deutschen Arbeitgeberverbände.

Vor einigen Tagen hat der Hauptauschuß der deutschen Arbeitgeberverbände die Öffentlichkeit wieder mit einer Kundgebung beglückt, deren Ziel es ist, die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft auf die angeblich hohen Löhne zurückzuführen und anzukündigen, daß endlich alle weiteren Lohnsteigerungen aufzuhören haben. In der Kundgebung wird u. a. gesagt:

„Während sonach die Wirtschaftskurve immer mehr nach unten geht, ist die Lohnkurve seit Juli vorigen Jahres ständig gestiegen und die Lohnbewegung nicht zum Stillstand gekommen. Bei solcher Wirtschaftslage ist eine Erhöhung des gesamten Lohnniveaus untragbar und der Versuch, der Wirtschaft weitere Lohnsteigerungen aufzuzwingen, würde für die Gesamtheit unseres Volkes die schon jetzt vorhandenen Gefahren noch steigern. Bedeutet doch eine Lohnsteigerung von nur wenigen Prozenten für die gesamte Wirtschaft Summen, die in die Hunderte von Millionen Reichsmark gehen. Solche Summen können überdies bei der Geldknappheit der Betriebe nur mit erneuter Anspannung des Kredits, der schon jetzt weit über die Kräfte des Betriebes und der ganzen Wirtschaft beansprucht ist, gedeckt werden. Heute schon hat die Summe der von der Reichsbank gewährten Kredite den Betrag von drei Milliarden Goldmark überschritten, und die Reichsbank legt sich deshalb erneut Zurückhaltung in der Kreditfrage auf. Wenn die Reichsbank durch die Ermäßigung des Diskontsatzes der Wirtschaft eine gewisse Entlastung bringen wollte, so muß angesichts der immer noch gespannten Lage unserer Währung mit der Gefahr gerechnet werden, daß ein neu einsetzender starker Andrang nach Krediten eine verschärfte Kreditrestriktion nach sich zieht, um den Zahlungsmittelumsatz, der schon jetzt mit 4 1/2 Milliarden Reichsmark über der durch Produktion und Umsatz bedingten Grenze liegt, nicht weiter zu steigern. Betriebseinschränkungen und Arbeitslosigkeit müssen dann die Folge weiterer Lohnsteigerungen sein.“

Auch aus der Preisentwicklung läßt sich ein weiteres Hinansteigen der Löhne nicht rechtfertigen. Gegenüber Oktober zeigen sich die tatsächlichen Verhältnisse besser (? D. Red.), wie der den amtlichen Lebensindex wiedergegebene Großhandelsindex für Lebens- und Genussmittel im ganzen nur eine Zunahme von 1,5 Proz. und der Index für Fertigwaren nur von 3,8 Proz. zeigt. Eine Steigerung der Inlandsaufkraft ist bei der heutigen Wirtschaftslage nicht durch Hinanstreben des Nominallohnes mit gleichzeitig verlangter Arbeitszeitverlängerung, sondern nur durch größte Vorsicht in der Kalkulation und Sparsamkeit im Konsum; durch höchste Arbeitsleistung mit Steigerung und Verbildung der Produktion und nur so die zu ermöglichende Bildung neuen Kapitals zu erreichen.

Aus diesen Gründen fühlt sich die deutsche Arbeitgeberchaft verpflichtet, die gesamte Öffentlichkeit, die verantwortlichen Kreise der Gewerkschaften und die Reichsregierung auf die ersten Folgen aufmerksam zu machen, die nach ihrer Ansicht eintreten müssen, wenn das bisherige System staatlichen Lohnzwanges und eines ununterbrochenen Hinanstrebens der Löhne trotz der bestehenden Wirtschaftsvoraussetzungen beibehalten wird.“

Wir kennen ja das Bied der Arbeitgeber schon längst und haben wohl nicht notwendig, derartige „volkswirtschaftliche Beweisführungen“ noch besonders zu widerlegen. Unsere Leser wissen, wie sie derartige Ergüsse der Arbeitgeber zu bewerten haben. Wir hielten es aber für notwendig, sie zum Ausdruck zu bringen, weil es notwendig ist, die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf die Bestrebungen der Arbeitgeber aufmerksam zu machen, damit die Arbeiterschaft die notwendige Nutzenanwendung daraus zieht.

Abbau der sozialen Fürsorge, Lohndruck, ungerechte Steuerverteilung, wodurch der Arbeiterschaft alle Lasten aufgebürdet werden, das sind ja die erhabensten Ziele der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

6. Ausstellung „Nadel und Schere“.

Auf viele Anfragen hin sind wir heute in der Lage, unserem Leserkreis mitzuteilen, daß die mit so großem Interesse erwartete Ausstellung „Nadel und Schere“ vom 2. bis 5. Mai d. J. in den Gesamtprachräumen der Philharmonie zu Berlin W., Bernburger Straße 22/23, am Potsdamer Platz, stattfindet. Auch diesmal ist wiederum eine Lehrlingsarbeiten-Ausstellung der Herren- und Damenschneider sowie der Kürschner-Schule angegliedert. Zudem sei erwähnt, daß die so beliebten Modedemonstrationen an jedem Nachmittags um 2 und um 7 Uhr dort stattfinden. Da außerdem noch verschiedene Ueberraschungen geplant sind, so wird die sechste Ausstellung „Nadel und Schere“ wieder ein Ereignis besonderer Art für das Schneidergewerbe sein und machen wir schon heute darauf aufmerksam, daß sich jeder Interessent diese Tage für einen Besuch dieser so beliebten und populär gewordenen Ausstellung frei behält.

Berichte aus Fachkreisen.

Gemeinungen. Die SPDisten auf dem Olymp. Nur noch wenige Tage trennen uns von den Wahlen der Betriebsvertretungen. Diese kurze Spanne wird nun von den Kommunisten weidlich ausgenützt, um ihren Dreckfuß über die SPD auszu-schütten, um Dumme auf ihre Peintraut zu locken. Da haben sie

im Bezirk Bremen ein Flugblatt verteilt, welches von Verleumdungen nur so strotzt. Es wird u. a. behauptet, daß Mitglieder, welche der SPD angehören, von den Konferenzen des Deutschen Textilarbeiterverbandes ausgeschlossen würden. Doch schamhaft wird verweigert, warum dies geschieht. Es wird verschwiegen, daß das SPD-Mitglied Hoch, welcher auf der Dresdener Konferenz erschien, bloß 20 Pf. Beitrag geklebt hatte (wovon er dann pro Woche 30 Pf. Streikunterstützung beziehen möchte) und daß er mit Recht wegen seines niedrigen Beitrags kein Stimmrecht erhielt. Weiter behauptet man, die SPD-Borzen hätten die 54tägige Arbeitswoche verlangt. Auch hier hofft man, daß alles von ihnen Gefagte geglaubt wird. Doch wie liegen die Dinge? Jeder Kollege und jede Kollegin hat es doch in den letzten Jahren miterlebt, daß die Großmäuler von links erklärten: raus aus den Gewerkschaften, rein in die Union; ja daß Streiks provoziert wurden, von denen sich jeder Mensch sagen mußte, daß infolge des unglücklichen Zeitpunktes an Erfolg nicht zu denken war. Leider sind viele Kollegen auf diese Parolen hereingefallen und haben dadurch die Kampfkraft der Gewerkschaft geschwächt. Erst als die Union vollständig versagte, gingen unsere Vertreter von links auf Befehl von Rostau dazu über, die Parole zu ändern. Sie lautet nun: hinein in die Gewerkschaften. Sie glauben die Gewerkschaften von innen heraus zu vernichten. Wenn wir in dieser schmelzeigen Zeit auch manches vergessen, so wollen wir eines nicht vergessen: In letzter Zeit, während des pommerischen Landarbeiterstreiks, waren die ersten Streikbrecher eingeschriebene Mitglieder der SPD. Ueber die Tätigkeit der SPD-Arbeiterräte nur eigen Fall. In Bremen hat ein gewisser Bormalewitsch, Vorsitzender auf einer Werft, die Arbeiter zu einem Streik aufgefordert. Nachher scheute er sich jedoch nicht, im Auftrag der Direktion ein Flugblatt gegen den Streik zu schreiben. Als dieses herauskam, wurde er fortgesetzt. Nach kurzer Zeit war er im Rheinland wieder Fraktionsführer der SPD, jedenfalls weil er ein so schönes „revolutionäres“ Mundwerk hat. So sehen bei Licht die Leute aus; die die SPD-Kollegen begeiern. Darum kann es nur lauten: Jede Stimme der freigewerkschaftlichen Liste. Erst wenn die SPDische Verleumderpartei nochmals einen Schlag wie bei den letzten Reichstagswahlen erhalten hat, ist die Einheitsfront wieder hergestellt und der Weg zum einheitlichen Handeln frei. Drum frisch ans Werk. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. gk

Stoffhanddrucker, welche nach München wollen, werden im eigenen Interesse ersucht, vorher bei der Geschäftsstelle unseres Verbandes (Aug. Seebacher, Pestalozzistr. 42/III) anzufragen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 29. März ist der Beitrag für die 14. Woche fällig

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlung für März betr.: Schluss für die März-Zählung ist Sonntag, den 28. März. An diesem Tage ist eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und als Postkarte frankiert, an uns einzufenden. Die Zählung erstreckt sich in allen Fällen nur auf unsere Mitglieder. Jede Ortsgruppe hat pünktlich zu berichten!

Der Vorstand.

An unsere Ortsverwaltungen. Wir bringen nochmals in Erinnerung, daß die „Union“ (Syndikalisten) keine übertrittsrechtliche Organisation ist, das heißt, daß in der Union geleistete Beiträge beim Eintritt in unseren Verband nicht anzurechnen sind, vielmehr Neueintritt zu erfolgen hat. Die Ortsverwaltungen sind bereits im vorigen Jahr durch Rundschreiben dahingehend informiert. Der Hauptvorstand.

Verlorene Mitgliedsbücher. Die Bücher der Mitglieder: Friebe, Hermann, eingetr. am 27. 10. 1908, geb. 6. 11. 1892, Buchnr. 408 720. Brode, Olga, eingr. 10. 5. 1919, geboren 24. 6. 1905, Buchnr. 989 810. Dübél, Helene, eingetr. 6. 8. 1923, geb. 14. 5. 1905, Buchnr. 1540 719. Böhme, Frieda, eingetr. 3. 4. 1922, geb. 2. 11. 1889, Buchnr. 1540 534 sind als verloren gemeldet worden. Wir bitten bei evtl. Auf-tauchen dieselben einzuziehen und an die Ortsverwaltung Dresden einzusenden. Das Mitgliedsbuch Nr. 1191 098, Paul Freund, Tuchmacher, geb. 9. August 1897 zu Reudamm, eingetreten am 24. Januar 1921 zu Reudamm, ist verloren gegangen. Bei evtl. Auftauchen ist das Buch einzuziehen und an die Ortsverwaltung Reudamm einzusenden. Marktredwitz. Das Mitgliedsbuch des Kol. Johann Frisch, wohnhaft in Weichenstadt, eingetr. am 10. März 1913, geboren am 5. Juni 1861, Stammnr. 616 958, ist verloren gegangen. Sollte das Buch irgendwo auftauchen, so bitten wir um Einziehung und Uebersendung desselben an die Filiale Marktredwitz. Adressenänderungen. Gau Cassel: Großburckha: V.: Adam Südebrandt, Weichenbörnchen 4b. Briefe an den Kassierer Christoph Dietrich, An dem Wege Nr. 88. Kreuzburg: V.: Karl Kob, Steinhof Nr. 11. K.: Karl Martin, Klosterstr. 42. Hoheneiche: V.: Heinrich Hartmann, Datterode Nr. 125, Kreis Schwelge. Schlottheim: V.: Emil Weber, Herrenstr. 12. Gau Bamern: Duisburg: K.: Gustav Linke, Krautstr. 27. Haan: V.: Gustav Kampmann, Alleestr. 25. Alle Zuschriften an diesen K.: Friedrich Schmidt, Friedrichstr. 38. Geschäftsstunden jeden Samstag von 4-6 Uhr nachm. im Bureau, Bahnhofstraße 60. Reiseunterstützung wird nicht gezahlt. St. Tönis: K.: Johann Dristes, Schulstr. 4, Filiale der Konsum- und Produktionsgenossenschaft Niederrhein. Gau Stuttgart: Stienbeuren: V.: Gregor Brey, Schreckenberg 6b. Briefe an den Kassierer K.: Georg Wächner, Ravensburg, Marktstr. 52. Briefe sind zu richten an den Vorsitzenden.

Für Betriebsräte ein Vorzugsangebot.

Flatow, BRG, geb. aufst. 6 M., nur 3 M. Schnell bestellen, da Flatow-BRG. nur in beschränkter Anzahl noch vorhanden. Betriebsrätegesetz, Riesecke-Syrop-Billerbeck, 5. Auflage, Ganzleinen geb. Preis 7,50 M. Betriebsrätegesetz, Betriebsbilanzgesetz und Aufsichtsratsgesetz bearbeitet von Dr. A. Feig und Dr. F. Sigler. Brosch. Preis 3 M. Textilverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin D. 34, Memeler Str. 89. Verlag: Karl Hüsch in Berlin, Magaststraße 6-7. - Verantwortlicher Redakteur Hugo Bressel in Berlin. - Druck: Bornitz-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.